

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Finanzen	Datum 26.06.2007
	Schriftführer Andrea Pees
	Telefon-Nr. 02202/142609
Niederschrift	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	Sitzung am Donnerstag, dem 14. Juni 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19:30 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
A <u>Öffentlicher Teil</u>	
1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit	
1a. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin <i>342/2007</i>	
2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil	
3. Mitteilungen des Vorsitzenden	
4. Mitteilungen des Bürgermeisters <i>319/2007</i>	
5. Jahresabschluss 2006 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH <i>306/2007</i>	
6. Jahresabschluss der Stadtverkehrsgesellschaft mbH <i>324/2007</i>	
7. Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach ab 01.01.2007	

320/2007

- 7a. **Richtlinien über den Einsatz und den Umgang von und mit Derivaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Derivate-Richtlinien)**
229/2007
8. **Antrag der SPD-Fraktion vom 12.02.2007, den Bürgermeister zu beauftragen zu prüfen, unter welchen Bedingungen der Liegenschaftsbetrieb städtische Grundstücke für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung stellen kann**
258/2007
9. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 19.04.2007**
257/2007
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
4. **Mitteilung des Bürgermeisters**
5. **Änderung des Gesellschaftervertrages der gRheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH
(Ersetzt durch Drucksache 551/2006)**
187/2006
6. **Verkauf eines städtischen Baugrundstücks in Bergisch Gladbach-Frankenforst, Elsterstraße, an Grundstücksbewerber**
299/2007
7. **Bebauungsplangebiet Nr. 1527 - Breslauer Straße - in Bergisch Gladbach-Hand hier: Verkauf eines städtischen Baugrundstückes an Grundstücksbewerber**
301/2007
8. **Verkauf von drei Baugrundstücken in Bergisch Gladbach, Gierather Straße hier: Ergebnis der Ausschreibung**
308/2007
9. **Übernahme von Bürgschaften
Bürgschaft zu Gunsten der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL)**
316/2007

10. **Übernahme von Bürgschaften**
Bürgschaft zu Gunsten des FC Bensberg 2002 e.V.
321/2007
11. **Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse der**
Wirtschaftsjahre 2006 und 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
"Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"
326/2007
- 11a. **Übernahme von Bürgschaften**
Bürgschaft zu Gunsten der SSG 09 Bergisch Gladbach e.V. für die Errichtung
einer Kunstrasensportanlage
343/2007
12. **Antrag der SPD-Fraktion vom 26.03.2007 zur Vorlage eines Lageberichts über**
die Liegenschaft Hauptstraße 310
338/2007
13. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.
Er teilt mit, dass es zum Tagesordnungspunkt 1 noch einige Vorabergänzungen gibt. Zum einen handelt es sich um zwei Anträge der CDU Fraktion, zum anderen wird im nichtöffentlichen Teil unter B 11a ein Dringlichkeitsantrag aufgenommen.
Unter dem Tagesordnungspunkt 1 a wurde die Vorlage „Bestellung einer Schriftführerin“ in die Tagesordnung aufgenommen. <-@

1a Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

@-> **Abstimmungsergebnis: einstimmig**

Beschluss:

<-@

@-> Zur Schriftführerin wird Frau Andrea Pees bestellt.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

@-> Herr Freese erklärt, dass es sich bei der Niederschrift vom 28.02.2007 aus technischen Gründen um eine Ergebnisniederschrift handelt, da das Tonbandgerät ausgefallen war.
Herr Lang möchte wissen, warum zwischen der Sitzung und dem Zugang der Niederschrift eine so große Zeitverzögerung liegt. Herr Mumdey antwortet hierauf, dass es von ihm eine Anweisung gibt die besagt, dass erst der NKF-Haushalt zu bearbeiten ist und anschließend die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2007 und danach alles andere.

Anschließend wird die Niederschrift vom 28.02.2007 einstimmig genehmigt.

Herr Nagelschmidt merkt zu der Niederschrift vom 19.04.2007 an, dass er unter Anfragen der Ausschussmitglieder eine Anfrage gestellt hat, auf deren Beantwortung er bis heute wartet. Herr Mumdey erklärt, dass die Beantwortung dieser Anfrage von ihm unterschrieben wurde und Herrn Nagelschmidt nunmehr kurzfristig zugeht.

Danach wird auch die Niederschrift vom 19.04.2007 einstimmig genehmigt.

<-@

3 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Herr Freese teilt mit, dass es eine Sondersitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am Donnerstag, den 02. August 2007 gibt, mit dem ausschließlichen Thema „Neues Kommunales Finanzmanagement der Stadt Bergisch Gladbach“.

Weiterhin teilt Herr Freese mit, dass am 04. Juni 2007 ein Antrag der Fraktion BfBB bei ihm eingegangen ist, der allerdings verspätet war, so dass er nicht mehr auf die Tagesordnung des Finanz- und Liegenschaftsausschuss genommen werden konnte. Allerdings wird dieser Antrag Gegenstand der Ratssitzung am 20. Juni 2007 sein, da er hierfür fristgerecht war. Sollte der Rat den Antrag der BfBB an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss verweisen, so wird dieser in der nächsten ordentlichen Sitzung behandelt. <-@

4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen. <-@

5 **Jahresabschluss 2006 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**

@-> Herr Freese begrüßt den Geschäftsführer der Bädergesellschaft Herrn Hachenberg und seinen Mitarbeiter Herrn Stöckler.

Herr Dr. Fischer ist verwundert über die Aussage auf Seite 4 des Lageberichtes, dass sich der Kurswert der Anlage von 2005 auf 2006 vermindert hat, da allgemein die Kurswerte gestiegen sind.

Weiterhin stellt Herr Dr. Fischer für die F.D.P. folgenden Antrag:

Der Aufsichtsrat der Bädergesellschaft wird beauftragt, öffentlich zu den Vorwürfen der Schwimmvereine Bergisch Gladbach Stellung zu beziehen: „Die Bädergesellschaft biete Schwimmkurse zu Preisen an, die unter den Nutzungsgebühren der Vereine liegen.“

Die F.D.P. begründet dies wie folgt: Auf dem Sportforum in Bergisch Gladbach am 06.06.2007 beklagten die Schwimmvereine, dass die Bäder GmbH Schwimmkurse anbietet, die unter den Nutzungskosten der Vereine für die Wasserflächen liegen. Die F.D.P. nimmt Bezug auf den Artikel des Kölner Stadtanzeigers vom 09. bzw. 10.06.2007 Seite 51.

Darin wurde ein Abwägungsprozess zwischen der geforderten Wirtschaftlichkeit der städt. Bädergesellschaft und der ehrenamtlichen Arbeit der Schwimmvereine, speziell im Jugendbereich, angesprochen.

Die F.D.P. ist der Meinung, die Sportvereine in Bergisch Gladbach haben eine wichtige jugend- und sozialpolitische Funktion. Die F.D.P. steht daher auf dem Standpunkt, dass den Vereinen und den Bürgern die Problematik in sachlicher Form dargelegt und möglichst ausgeräumt werden muss. Die F.D.P. hält dafür ein klärendes Vorabgespräch zwischen dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Bädergesellschaft einerseits und den Vertretern der Vereine andererseits für sinnvoll. Die F.D.P. ist der Meinung, dass man seitens des Finanz- und Liegenschaftsausschusses sehr wohl den Aufsichtsrat in dieser Richtung beauftragen kann, diese Sache zu klären.

Herr Mumdey nimmt zunächst zum grundsätzlichen Prozedere Stellung. Er macht darauf aufmerksam, dass es rechtlich sehr umstritten ist, ob eine Weisungsbefugnis gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern besteht. Eine Weisungsbefugnis besteht mit Sicherheit gegenüber der Gesellschafterversammlung. Herr Mumdey weist darauf hin, dass die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung berichtspflichtig und weisungsgebunden sind, von daher wäre die Sache unstreitig, aber den Aufsichtsrat einer Gesellschaft anweisen erscheint ihm rechtlich zumindest äußerst zweifelhaft.

Es müsste noch geprüft werden, führt Herr Mumdey weiter aus, ob der Finanz- und Liegenschaftsausschuss überhaupt Weisungsbeschlüsse fassen darf. Der Rat und der Hauptausschuss dürfen dies mit Sicherheit.

Für Herrn Dr. Fischer ist es kein Problem statt dem Wort „Aufsichtsrat“ das Wort „Gesellschafterversammlung“ einzufügen.

Aufgrund der Ausführungen von Herrn Mumdey erklärt sich Herr Dr. Fischer im Namen der F.D.P. bereit, diesen Antrag im Finanz- und Liegenschaftsausschuss zurückzustellen und ihn im Rat als Dringlichkeitsantrag aufzunehmen. Die F.D.P. geht davon aus, dass die Fraktionen diesem Dringlichkeitsantrag im Rat folgen, da sie der Meinung ist, dass solche Dinge geklärt werden müssen. Denn das ist man den Schwimmvereinen und der Bädergesellschaft schuldig.

Herr Freese bittet Herrn Dr. Fischer den Antrag im Rat zu wiederholen, da der Finanz- und Liegenschaftsausschuss aufgefordert ist, den Jahresabschluss der Bädergesellschaft zu beraten und eine Beschlussempfehlung an den Rat zu erteilen. Herr Dr. Kassner merkt an, dass die Gesellschafterversammlung aus dem Bürgermeister besteht. Zur Geschäftsordnung erklärt er, dass Herr Schütz und er selber Mitglieder des Aufsichtsrates sind und bittet wegen Befangenheit darum, die Punkte 1, 2 und 3 getrennt abzustimmen.

Herr Lang unterstützt mit seiner Fraktion den Antrag, ist allerdings der Meinung, dass gemäß § 113 Abs. 1 GO NW der Rat den Aufsichtsratsmitgliedern Weisungen erteilen kann.

In der Ratssitzung möchte er eine Antwort auf die Frage wie hoch die Subventionierung der Vereinsmitglieder, der Schüler und des privaten Unternehmens, welches die Schwimmkurse durchführt, ist. Weiterhin möchte er wissen, ob die Aussage des Vertreters des Schwimmvereins stimmt, dass die Bädergesellschaft dem Unternehmen oder der Person die Benutzung des Bades völlig unentgeltlich überlässt.

Herr Schütz weist darauf hin, dass die Bädergesellschaft nach wie vor ihr Kapital verzehrt und damit irgendwann nicht mehr existieren wird. Daher muss man sich über die Strukturierung dieser Gesellschaft unterhalten und über die Frage, ob man die Gesellschaft auflöst.

Herr Schütz hat auch an dem Sportforum teilgenommen und dort erfahren, dass genau wie von der KIDiative bereits mehrfach vorgeschlagen, auch die Vertreter aller großen Fraktionen für die Auflösung der Gesellschaft sind und die Zuständigkeit wieder an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport gegeben werden soll, da dieser für die Schwimm- und Sportangelegenheiten zuständig ist. Eine grundsätzliche Frage ist, wie viele Schwimmbäder in der Stadt Bergisch Gladbach gewollt sind. Er weist darauf hin, dass die Kalkulation von damals, nämlich dass die

50 Millionen DM zinsbringend in einem Aktienfonds angelegt, mehr Geld bringen als wenn man die Schulden damit tilgen würde, eine Fehlkonstruktion gewesen ist, da der Bäderbetrieb nach wie vor defizitär ist, obwohl er das große Vermögen hat.

Herr Ziffus fragt nach, ob für die hohe Ausschüttung in 2006 Fondsanteile verkauft wurden.

Herr Dr. Fischer wiederholt seine Frage, warum die Fondsanteile reduziert sind. Weiterhin hätte er gerne ein offizielles Votum, dass die Angelegenheit in den Rat verschoben wird.

Herr Dr. Kassner macht darauf aufmerksam, dass jede Schwimmstunde subventioniert wird, denn das Schwimmen in kommunalen Bädern ist grundsätzlich subventioniert. Weiterhin erklärt er, dass bereits zu Zeiten als sich die BELKAW noch im Eigentum der Stadt befand, es zu Zuschüssen an die Bäder in ca. gleicher Höhe gegeben hat, d.h. durch den Verkauf der BELKAW und der Anlage der 50 Millionen hat sich an dieser Systematik nichts geändert. Auf den Vorschlag von Herrn Schütz, die Bädergesellschaft aufzulösen und das Schwimmen wieder in den allgemeinen Haushalt zu übernehmen, entgegnet Herr Dr. Kassner, dass dann das Schwimmen im Korridor wäre und die Schwimmer müssten jedes Jahr mit 10 % Kürzung rechnen.

Herr Lang ist der Meinung, dass viele Probleme erledigt wären, wenn die Gesellschaft aufgelöst würde.

Herr Hachenberg als Geschäftsführer der Bädergesellschaft erklärt zu den unterschiedlichen Angaben der Kurswerte, dass im Jahre 2006 eine höhere Ausschüttung vorgenommen wurde als im Jahr davor und zwischenzeitlich ist der Kurswert der Fonds, trotz einer noch erfolgten Ausschüttung, höher als der derzeitige Buchwert.

Herr Hachenberg stellt richtig, dass es keinen Fremdunternehmer gibt, dem die Bädergesellschaft kostenlos Wasserflächen zur Verfügung stellt um dort Gewinne zu erzielen.

Die einzige die im Kombibad Schwimmkurse durchführt ist die Bädergesellschaft selber, die hierfür Honorarkräfte einstellt.

Herr Lang erwähnt ausdrücklich, dass er der Vorlage nicht zustimmt, dies aber keine Mängelrüge an Herrn Hachenberg sein soll.

Die Fraktionen äußern sich positiv dazu, bei einer Enthaltung, den F.D.P.- Antrag in den Rat zu verschieben.

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme

Beschlussvorschlag:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bäder-GmbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt, in der Gesellschafterversammlung den

Jahresabschluss 2006 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von € 280.071,37 aus der Gewinnrücklage abzudecken

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bäder-GmbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt, den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

<-@

@-> Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bäder-GmbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt, für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2007 die BFJM Bachem Fervers Janßen Mehrhoff OHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, zu beauftragen.

<-@

6 Jahresabschluss der Stadtverkehrsgesellschaft mbH

@-> Herr Freese begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Baudezernenten Herrn Schmickler.

Herr Waldschmidt gibt zu bedenken, dass der Jahresabschluss noch nicht im Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft behandelt wurde und beantragt daher die Vertagung des Tagesordnungspunktes bis sich der Aufsichtsrat damit beschäftigt hat.

Herr Dr. Fischer hätte gerne für die Ratssitzung eine Übersicht über die Aufschlüsselung der Zuschüsse.

Herr Schmickler nimmt wie folgt Stellung zu der Anfrage von Herrn Dr. Fischer:

Die regelmäßigen Einnahmen der Stadtverkehrsgesellschaft kommen aus zwei Quellen. Zum einen zahlt der Rheinisch-Bergische Kreis eine so genannte ÖPNV-Pauschale, die für „innovative ÖPNV-Maßnahmen“ zu verwenden ist, und wozu die Stadtverkehrsgesellschaft jährlich Rechenschaft ablegt. Diese Pauschale hat einen Umfang von rund 106.300 €. Die restlichen Aufwendungen werden durch einen jährlich, anhand des Bedarfs, festgelegten Zuschuss der Gesellschafterin (Stadt Bergisch Gladbach) gedeckt.

Lediglich im Jahr 2006 gab es eine besondere Einnahme durch eine einmalige Rückzahlung der RVK.

Die Zweckbindung der ÖPNV-Pauschale des Rheinisch-Bergischen Kreises ist relativ allgemein gehalten. Die Mittel des Rheinisch-Bergischen Kreises werden daher nicht für Verwaltungs- oder Personalkosten, sondern ausschließlich für die von der

Stadtverkehrsgesellschaft initiierten Angebote verwendet. Allein die Zahlungen an die RVK für den 10-Minuten-Takt und die Linie 454 liegen beim Doppelten dieses Zuschusses.

Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass der Zuschuss der Gesellschafterin zur Finanzierung aller Ausgaben der Gesellschaft benötigt wird.

Ergänzend noch eine Aufschlüsselung:

Die Anruf-Sammeltaxis in Herkenrath und Nussbaum verursachen jeweils Kosten von maximal 2.000 € pro Jahr. Für das Schülerticket war seitens der Stadtverkehrsgesellschaft bis zum Schuljahreswechsel 2006/2007 noch ein finanzieller Spitzausgleich zu finanzieren. Der Betrag lag im Jahr 2006 bei etwas mehr als 7.000 €. Mit der inzwischen vorgenommenen Vertragsgestaltung sind alle positiven und negativen finanziellen Risiken auf die Verkehrsunternehmen übertragen worden. Schülerbeförderungskosten für die Schülerfreifahrt werden aus allgemeinen Haushaltsmitteln durch den Fachbereich 4 gezahlt. In Kommunen mit Schülerticket, wozu Bergisch Gladbach gehört; stellt diese Zahlung neben den Elternbeiträgen eine der beiden Finanzierungssäulen des Schülertickets dar.

Die Vertagung der Vorlage wird einstimmig beschlossen. <-@

7 Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach ab 01.01.2007

@-> Herr Ziffus beantragt für seine Fraktion eine Erhöhung der Grundsteuer um 45 % und der Gewerbesteuer um 5 %.

Herr Nagelschmidt verweist auf den Haushaltsbeschluss vom 01.03.2007.

Herr Lang hätte gerne gewusst, wie sich die 5 Mio. € Mehreinnahmen zusammensetzen.

Herr Mumdey erklärt, dass sich die von ihm im Hauptausschuss angesprochenen 5 Mio. € aufteilen in 1,5 Mio. € Mehreinnahmen bei den Elternbeiträgen, Kita's und Ogata's und bei der Kreisumlage Wenigerausgaben von 3,6 Mio. €. Somit reduziert sich das Defizit von bisher 13 Mio. € auf 8 Mio. €.

Herr Schütz wiederholt seinen Antrag aus der Haushaltsrede. Er möchte die Grundsteuer A und B jeweils um 5 %-Punkte anheben.

Herr Freese lässt über den Antrag von Herrn Ziffus abstimmen. Dieser wird bei einer Enthaltung und zwei Stimmen dafür mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt.

Anschließend wird über den Antrag von Herrn Schütz abgestimmt. Auch dieser wird bei einer Enthaltung und drei Stimmen dafür mit großer Mehrheit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich** (11 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und F.D.P. und 4 Gegenstimmen der KIDinitiative, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der BfBB)

Beschlussvorschlag:

<-@
@-> Die Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach ab dem Haushaltsjahr 2007 wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

<-@
7a **Richtlinien über den Einsatz und den Umgang von und mit Derivaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Derivate-Richtlinien)**

@-> Herr Lang hält den Einsatz von Derivaten für Spekulation und Glücksspiel.

Herr Mumdey versichert, dass die Stadt Bergisch Gladbach keine derart spekulativen Geschäfte abgeschlossen hat wie beispielsweise die Stadt Hagen.

Herr Freese erläutert den Vertagungsantrag der CDU zu diesem Tagesordnungspunkt. Diese wünscht die Beauftragung einer externen Unternehmensberatung mit Beratungserfahrung im Kreditmanagement öffentlicher Kommunen.

Herr Muth trägt vor, dass die KPMG erfahren in diesen Angelegenheiten ist.

Herr Nagelschmidt überlässt es der Verwaltung jemanden zu finden, der diese Beratungen durchführen kann.

Herr Schütz begrüßt den Antrag der CDU.

Weiterhin stellt er einen Änderungsantrag zu den Derivate-Richtlinien. Er möchte zusätzlich zu der unter Punkt 7 aufgeführten halbjährlichen Unterrichtungspflicht des Finanz- und Liegenschaftsausschusses, dass auch der Rat halbjährlich unterrichtet wird.

Herr Dr. Fischer möchte von der Verwaltung wissen, wie sie zu dem Antrag der CDU steht, eine Beratungsfirma zu beauftragen. Sieht sie darin Vor- oder Nachteile und sieht die Verwaltung Vor- oder Nachteile, wenn die Vorlage vertagt wird.

Herr Mumdey sieht der Tätigkeit einer Beratungsfirma gelassen entgegen, da er keine Risiken befürchtet.

Herr Lang wünscht Informationen darüber, ob Ratsmitglieder bei Fehlentscheidungen versichert sind.

Herr Dr. Steffen begrüßt den Antrag der CDU und hätte gerne auch eine Information des Rechnungsprüfungsausschusses.

Herr Ziffus möchte wissen, ob es sich bei den Kosten für die Beratungsfirma um eine freiwillige Ausgabe handelt und ob hierfür die Genehmigung des Landrates eingeholt werden muss.

Herr Mumdey bejaht, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt, die in den Korridor fällt.

Herr Nagelschmidt erläutert nochmals seinen Antrag, Beauftragung einer Beratungsfirma, Vertagung im Finanz- und Liegenschaftsausschuss, Vertagung im Rat und nach Überprüfung der Richtlinie nochmals Beratung im Finanz- und

Liegenschaftsausschuss und Beschlussfassung im Rat und eine Berichterstattung über aktuell laufende Geschäfte.

Frau Schöttler-Fuchs hätte gerne, dass man Vergleiche bei anderen Kommunen einholt, wie viel hier eingespart werden kann.

Herr Mumdey gibt zu bedenken, dass ein Vergleich sehr schwierig ist, da die Stadt Bergisch Gladbach keine risikobehafteten Zinsgeschäfte eingeht.

Der Vertagungsantrag der CDU wird somit einstimmig beschlossen.

<-@

8 Antrag der SPD-Fraktion vom 12.02.2007, den Bürgermeister zu beauftragen zu prüfen, unter welchen Bedingungen der Liegenschaftsbetrieb städtische Grundstücke für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung stellen kann

@-> Herr Martmann erläutert die Vorlage

Herr Waldschmidt dankt der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

9 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> keine <-@